

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Kurz kommentiert: Geldpolitik - Wirtschafts- und Währungsunion - EG-Automobilpolitik - Industriepolitik - Entwicklungshilfe

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1989) : Kurz kommentiert: Geldpolitik - Wirtschafts- und Währungsunion - EG-Automobilpolitik - Industriepolitik - Entwicklungshilfe, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 69, Iss. 7, pp. 321-322

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/136533>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Geldpolitik Inkonsistentes Bild

Ende Juni hat die Bundesbank erneut Diskontsatz und Lombardsatz um je einen halben Prozentpunkt auf jetzt 5% und 7% erhöht. Nach fünfmaliger Anhebung (zuletzt am 20. April) sind diese „Leitzinsen“ nun um 2,5 Prozentpunkte höher als vor einem Jahr. Bedenklich wirkt dabei nicht nur das Tempo (zwei Monate), mit dem diese fünfte Zinserhöhungsrunde der vierten folgte, sondern auch die Begründung des Zentralbankrates. Nach Überprüfung des Geldmengenziels für das laufende Jahr wird nicht nur daran festgehalten, das Aggregat M3 vom 4. Quartal 1988 bis zum 4. Quartal 1989 um „etwa 5%“ auszuweiten; vielmehr wird darüber hinaus mitgeteilt: „Die Bundesbank hält es . . . für angebracht, für den Rest des Jahres auf ein möglichst mäßiges Wachstum der Geldbestände hinzuwirken.“

Nimmt man dies alles wörtlich, so ergibt sich ein inkonsistentes Bild. Nach den jüngsten Daten war nämlich das Aggregat M3 saisonbereinigt schon im Mai dem 5-Prozent-Zielpfad recht nahe gekommen. Diese Dämpfung der monetären Expansion ist nicht zuletzt auf jene Maßnahmen zurückzuführen, die die Bundesbank bereits in der Vergangenheit getroffen hatte und die bislang sicherlich noch nicht in vollem Ausmaße zum Tragen gekommen sind; ganz besonders gilt dies für die April-Beschlüsse. Die neuesten Beschlüsse aber und die Absicht, von nun an die Geldbestände „möglichst mäßig“ wachsen zu lassen, legen die Vermutung nahe, daß die Bundesbank nicht nur mit dem Erreichten nicht zufrieden ist, sondern darüber hinaus jetzt zu einer restriktiven Auslegung des „etwa“ in der Zielformulierung neigt. Damit besteht aber die Gefahr, daß sie abermals die Chance zur Verstetigung der Geldversorgung zugunsten antizyklischer Geldpolitik verspielt. fr

Wirtschafts- und Währungsunion Einigkeit über das Procedere

Auf ihrer Gipfelkonferenz in Madrid erzielten die EG-Staats- und Regierungschefs Einigkeit darüber, daß die erste Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion am 1. 7. 1990 beginnen soll. Nach Anlauf dieser Phase sollen

dann die zuständigen Instanzen die Vorarbeiten für eine Regierungskonferenz aufnehmen, auf der die nächsten Etappen beraten und beschlossen werden sollen. Mehr als das Procedere wurde damit letztlich nicht vereinbart. Diese Art grundsätzlicher Fixierung der Wirtschafts- und Währungsunion war auch für die britische Regierung akzeptabel. Stark gebeutelt durch die Europawahlen, war Premierministerin Thatcher wohl froh, daß sie nicht das „Anti-Europa-Mäntelchen“ umgelegt bekam. Ihre häufig als starr und „anti-europäisch“ gescholtene Politik hat die europäische Sache allerdings häufig vorangebracht, so etwa in der Haushalts- und Agrarpolitik.

Immerhin liegt mit dem konstruktiven Delors-Bericht und dem dort umrissenen dreistufigen Ansatz für die Schaffung der Wirtschafts- und Währungsunion eine wichtige Diskussionsgrundlage vor, die nicht von vornherein demontiert wurde. Bereits die Verwirklichung der ersten Stufe, so wie im Delors-Plan vorgesehen, wird allerdings erhebliche Schwierigkeiten bei der Lösung sowohl der monetären als auch der parallel zu ergreifenden wirtschaftspolitischen (Konvergenz-)Maßnahmen mit sich bringen. Die eigentlichen Knackpunkte werden dann in den Folgestufen deutlich werden, wenn auch mögliche Souveränitätstransfers anstehen. Hier wird es zu Grundsatzdebatten kommen. In Großbritannien ist das Schatzamt wohl bereits mit Alternativplänen zum Delors-Ansatz beschäftigt. Der Zug in Richtung Wirtschafts- und Währungsunion ist zwar auf die Schiene gesetzt; ob er ankommt, und wenn ja, auf welchem Geleise, ist aber noch offen. kr

EG-Automobilpolitik Liberaler Entwurf

Die von der EG-Kommission entworfene Automobilpolitik der Gemeinschaft in einem europäischen Binnenmarkt erscheint bemerkenswert liberal. Einmütig haben sich die 17 Kommissare dafür ausgesprochen, die nationalen Handelsschranken gegenüber japanischen Automobilen bis 1992 schrittweise abzubauen. Die Kommission will zugleich für strenge Disziplin in der nationalen Beihilfegewährung sorgen und kann sich hierzu der neuen Rahmenregelung bedienen, derzufolge ihr seit Beginn dieses Jahres Beihilfevorhaben in der Automobilindustrie mit einem Volumen von mehr als 12 Mill. ECU zur vorherigen Genehmigung vorgelegt werden

müssen. Maßlosen Forderungen nach Mindestfertigungsanteilen in der Gemeinschaft (local content) wird eine deutliche Absage erteilt. Die Kommission widersetzt sich ebenfalls dem Verlangen der Industrie, die japanischen Automobilimporte auf der Gemeinschaftsebene solange einzufrieren, bis die europäischen Hersteller in Japan die Hälfte des japanischen Marktanteils in der EG erreicht haben.

Dies alles bedeutet indessen noch keineswegs freie Fahrt für japanische Autos (und freie Konsumwahl für den Autokäufer in der EG), sondern zunächst harte inergemeinschaftliche Auseinandersetzungen über den Zeitplan des Abbaus der einzelstaatlichen Importrestriktionen. Deren Ausgang wird entscheidend durch die parallel laufenden Verhandlungen mit Japan über Exportbegrenzungsmaßnahmen des fernöstlichen Landes bestimmt. Hier sieht die Kommission ihre Vorstellung einer klaren Limitierung solchen Schutzes mit der Forderung des französischen Industrieministers nach einer „unbegrenzten Übergangsperiode“ zugunsten der Automobilindustrie konfrontiert. Man darf gespannt sein, wie diese Kraftprobe enden wird. ko

Industriepolitik

Wettkampf um Speicherchips

Nachdem die EG-Kommission und die Regierungen der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens und der Niederlande die von der Industrie geforderte Milliardenhilfe zugesagt haben, kann Jessi (Joint European Submicron Silicon) als bisher größtes Eureka-Projekt nun zur Aufholjagd gegen die japanische Konkurrenz starten. Erstes Ziel ist dabei die Entwicklung marktreifer 16- und 64-Megabit-Speicherchips. Damit soll der Herausbildung einer befürchteten monopolistischen Stellung der japanischen Konkurrenz begegnet werden. Das Projekt ist zunächst auf acht Jahre befristet und mit 8 Mrd. DM ausgestattet. Von diesen Kosten tragen die Hauptinitiatoren Siemens und Philips sowie die übrigen beteiligten Unternehmen die Hälfte, die EG und die fünf Mitgliedsländer je ein Viertel.

Gleichzeitig mit Jessi als einem staatlich geförderten Projekt der Europäer ist eine Gruppe von sieben amerikanischen Unternehmen unter Führung von IBM mit der Gründung von US Memories Inc. in den Wettkampf um leistungsfähigere Speicherchips eingetreten. Diese Gruppe will zunächst ohne staatliche Hilfe auskommen und auf das Know-how von IBM zurückgreifen.

Verlauf und Ergebnis dieser beiden konkurrierenden Projekte können für die Debatte über Vor- und Nachteile

staatlicher Industrie- und Strukturpolitik neues empirisches Anschauungsmaterial liefern. Falls die amerikanischen Unternehmen wie auch die Japaner ohne staatliche Hilfen ihr Ziel erreichen, so stärkte das die Position derjenigen Ökonomen, die jegliche strukturlenkenden Eingriffe des Staates mit dem Hinweis auf die Allokationsverzerrung und daraus resultierende Wohlfahrtsverluste ablehnen. Aber selbst wenn dieser Fall nicht eintritt, so liefert dieses Experiment noch hinreichend Material für die Bewertung staatlicher Industriepolitik.

hn

Entwicklungshilfe

Mehr Mittel für wen?

Rechtzeitig zum Pariser Weltwirtschaftsgipfel hat eine international zusammengesetzte Gruppe von hochrangigen Vertretern aus Politik und Wirtschaft unter Vorsitz von Altbundeskanzler Helmut Schmidt neue Initiativen zur Verbesserung der Lage in der Dritten Welt gefordert. Neben der Beseitigung der bestehenden weltwirtschaftlichen Ungleichgewichte und dem Abbau aller Handelsbeschränkungen geht es der Schmidt-Kommission dabei auch um eine Verdoppelung der öffentlichen Entwicklungshilfe innerhalb der nächsten fünf Jahre auf 0,7% des BSP. Dabei sollen die Geldgeber vor allem die Staaten begünstigen, die entschlossen die Armut bekämpfen, ihre Militärausgaben in Grenzen halten sowie wirkungsvoll Familienplanung und Umweltpolitik betreiben.

Daß diese Forderungen nicht gerade neu sind, nimmt ihnen nichts von ihrer prinzipiellen Berechtigung. Man kann freilich bezweifeln, ob insbesondere die erneute Propagierung des 0,7%-Ziels angesichts eines entwicklungspolitischen Klimas, das zunehmend von Ratlosigkeit und Skepsis gekennzeichnet wird, viel bewirken wird. Zum einen dürften die Steuerzahler in den Industriestaaten kräftigen Aufstockungen der Entwicklungshilfebudgets heute noch ablehnender gegenüberstehen als etwa Anfang der 70er Jahre. Zum anderen stellen auch viele Experten heute in Frage, ob angesichts der geradezu Entwicklung verhindernden politischen und sozialen Strukturen in weiten Teilen der Dritten Welt zusätzliche Kapitalspritzen überhaupt etwas bewirken können. Diese Befürchtung hatte wohl auch die Schmidt-Kommission: Legt man die von ihr genannten Kriterien – etwa entschlossene Armutsbekämpfung und wirkungsvolle Umweltpolitik – an, dürften die Kandidaten, die einer verstärkten Unterstützung für würdig befunden werden, rasch rar werden. er